

aus noch Zinsen, Teile des Durchschnittsprofits u. a. enthalten. Die G. ist parasitäres, nicht aus der Arbeit stammendes Einkommen. Ihre Existenz ist eine der Ursachen für das Zurückbleiben der Entwicklung der Landwirtschaft gegenüber der Industrie im Kapitalismus und ein Hemmnis der fortschrittlichen Entwicklung auf dem Lande. Die kapitalistische G. existiert in zwei Grundformen: Die *absolute* G. bezieht der Grundeigentümer aus dem Monopol des privaten Grundeigentums. Die *Differentialrente* ist eine Form der G., die sich aus unterschiedlichen Produktionsbedingungen ergibt, z. B. aus unterschiedlicher Bodenqualität und -fruchtbarkeit sowie aus der unterschiedlichen Lage der Betriebe zu den Abnehmern (Differentialrente I) bzw. aus dem Mehraufwand an Kapital bzw. Produktionsmitteln und Arbeit (Differentialrente II). Außer in der Landwirtschaft existiert die G. auch für die Besitzer an Grundeigentum in der extraktiven Industrie (Bergwerksrente). Mit dem Sieg der sozialistischen Revolution auf dem Lande und der Übernahme des Privateigentums an Grund und Boden in staatliches bzw. seit der Zusammenfassung zu genossenschaftlichem Eigentum hört die absolute G. auf zu existieren. Auf der Grundlage der sozialistischen Warenproduktion existiert eine Differentialrente in der Landwirtschaft, die sich die Produzenten selbst und der sozialistische Staat aneignen. Aufgabe der sozialistischen Gesellschaft ist es, durch die richtige Gestaltung der ökonomischen Beziehungen im ökonomischen System des Sozialismus die Differentialrente so zu nutzen, daß sie zu einem Mittel wird, das die Entwicklung der Landwirtschaft fördert.

Grundsätze und Ziele der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands: programmatisches Dokument der SED, angenommen auf dem Vereinigungsparteitag der KPD und der SPD in Berlin (21./22.4.1946). Die G. gaben der neugegründeten Partei ein festes marxistisches Fundament; sie wiesen den Weg zur Lösung des Hauptproblems unserer Epoche, des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus. Die Gegenwartsforderungen der G. fußten auf dem -> *Autmt des Zentralkomitees der KPD vom 11. Juni 1945* und dem Aufruf des Zentralkomitees der SPD vom 15. 6. 1945. Als nächste Aufgaben im Kampf um die Demokratie und die Sicherung des Friedens in ganz Deutschland wurden u. a. bezeichnet: Bestrafung aller Kriegsschuldigen; Säuberung des öffentlichen Lebens und der Wirtschaft von Nazis und anderen Reaktionären; Beseitigung der kapitalistischen Monopole, Übergabe der Betriebe der Kriegsschuldigen an die Selbstverwaltungsorgane; Vernichtung des Militarismus; Entmachtung der Großgrundbesitzer, demokratische Bodenreform; Leitung aller öffentlichen Einrichtungen und der Wirtschaft durch Demokraten und Antifaschisten; Überführung aller öffentlichen Betriebe, der Bodenschätze und Banken in die Hände der Gemeinden, Provinzen und Länder; Aufbau der Wirtschaft nach Wirtschaftsplänen; Sicherung der demokratischen Volksrechte; demokratische Reform des gesamten Bildungs- und Erziehungswesens; Herstellung der Einheit Deutschlands als antifaschistische, parlamentarisch-demokratische Republik; Anerkennung der Wiedergutmachungspflicht; Kampf gegen Rassenhetze und Hetze gegen andere Völker; friedliches Zu-